

# Kunstrecht

von

Dr. Andreas Dustmann, Dr. Klaus Ebling, Robert Kirchmaier, Prof. Dr. Wilhelm Nordemann, Reinhart Rüsken, Dr. Gernot Schulze, Dr. Marcel Schulze, Prof. Dr. Kurt Siehr

2. Auflage

[Kunstrecht – Dustmann / Ebling / Kirchmaier / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Kunst- und Theaterrecht](#)



Verlag C.H. Beck München 2012

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 406 62699 9

im Gesetzestext wieder (§ 97 Abs. 2 Satz 2, 3 UrhG). Die Grundregel des § 249 BGB, nach der der Schädiger den Zustand wieder herzustellen hat, der bestehen würde, wenn der zum Schadenersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre, ermöglicht bei Verletzungen des Urheberrecht keinen angemessenen Ausgleich: Raubdrucke lassen sich nicht wieder einsammeln, unerlaubte Aufführungen oder Sendungen nicht ungeschehen machen. Der Urheber oder Inhaber eines Nutzungsrechts ist deshalb im Regelfall auf einen Geldersatzanspruch angewiesen. Auch dieser ist im Urheberrecht – ebenso wie in den Rechtsgebieten des gewerblichen Rechtsschutzes – auf die von den §§ 251, 252 BGB vorgesehene Weise oft nicht zu ermitteln: Welchen Gewinn der Berechtigte erzielt hätte, wenn die Rechtsverletzung nicht eingetreten wäre, lässt sich nicht feststellen. Neben der Feststellung des tatsächlich entgangenen Gewinns kann der Schadensberechnung daher auch der vom Verletzer erzielte Gewinn (§ 97 Abs. 2 Satz 2 UrhG) oder eine fiktiv angemessene Lizenzgebühr (§ 97 Abs. 2 Satz 3 UrhG) zu Grunde gelegt werden.

Die letztere, allgemein als **Lizenzanalogie** bezeichnete Berechnungsart wird bei weitem am häufigsten praktiziert. Eine konkrete Minderung des eigenen Vermögens dadurch, dass ein anderer neben ihm genutzt hat, kann kaum jemals ein Rechtsinhaber, geschweige denn der Urheber selbst belegen. Der Verletzer*gewinn* auf der anderen Seite lässt sich – zumindest mit Hilfe eines klugen Fachmanns – im Streitfall leicht niedriger rechnen.<sup>218</sup>

Die *Angemessenheit* der Lizenzgebühr ist leicht feststellbar, wenn sie einer (redlichen) Branchenübung oder entsprechende Tarifwerke<sup>219</sup> bzw. Honorarempfehlungen<sup>220</sup> bestehen. Gibt es eine solche nicht oder benachteiligt sie einseitig die Urheberseite, so legt die Rechtsprechung gelegentlich eigene Schätzungen seiner Entscheidung zugrundegelegt, wozu ihn § 287 ZPO ermächtigt.<sup>221</sup>

## 8. Entschädigungsanspruch wegen immateriellen Schadens

§ 97 Abs. 2 Satz 4 UrhG erlaubt die Geltendmachung eines *Schadens, der nicht Vermögensschaden ist*, wenn dies *der Billigkeit entspricht*. Ein solcher *immaterieller* Schaden kann nur der *Persönlichkeit* des Urhebers selbst – nicht der eines Rechtsnachfolgers<sup>222</sup> oder des Inhabers von Nutzungsrechten<sup>223</sup> – zugefügt werden, etwa durch die Verletzung von Gefühlen, des Rufs oder Ansehens oder sonst der persönlichen Integrität, seiner persönlichen Bezeichnung zu seinem Werk, seines Selbstwertempfindens als Künstler. In aller Regel geschieht die Schadenszufügung in diesen Fällen durch eine Verletzung des Urheberpersönlichkeitsrechts: Dem Urheber wird die Schöpfereigenschaft mit beispielsweise dem Argument abgesprochen, zu solchen Leistungen sei er gar nicht fähig (§ 13 UrhG), oder sein Werk wird in herabsetzender Weise oder derart entstellt, dass dessen Aussage in ihr Gegenteil verkehrt

<sup>218</sup> Nicht anrechenbar sind seit BGH GRUR 2001, 329 *Gemeinkostenanteil* sogenannte Gemeinkosten, die unabhängig von der konkreten Herstellung und des Vertriebs der Plagiate entstanden sind. Zu Einzelheiten *Jan Bernd Nordemann* in Fromm/Nordemann (Fn. 25), Rz. 80 ff. zu § 97 UrhG.

<sup>219</sup> Etwa die Vergütungssätze der Verwertungsgesellschaft BILD KUNST (abrufbar unter bildkunst.de) oder der Tarifvertrag AGD/SDSt (zu beziehen über agd.de) für den Bereich der angewandten Kunst.

<sup>220</sup> Beispiel sind die Honorarempfehlungen der Mittelstandsgemeinschaft Foto-Marketing (zu beziehen über bvpa.org); dazu einschränkend BGH GRUR 2006, 136, 138 *Pressefotos*; Rechtsprechungsübersicht bei *Dustmann* in Fromm/Nordemann (Fn. 25), Rz. 30 ff. zu § 13 UrhG.

<sup>221</sup> BGH GRUR 1975, 323, 324 *Geflügelte Melodien* und 1987, 36 f. *Liedtextwiedergabe II*.

<sup>222</sup> Streitig, wie hier schon *v. Wolff* in Wandtke/Bullinger (Fn. 25), Rz. 76 zu § 97 UrhG; a. M. *Jan Bernd Nordemann* in Fromm/Nordemann (Fn. 25), Rz. 117 zu § 97 UrhG; *Dietsch* und *Schricker* in Schricker/Loewenheim (Fn. 20), Rz. 30 f. vor § 12 und Rz. 5 ff. zu § 28 UrhG; *Dreier* in *Dreier/Schulze* (Fn. 25), Rz. 74 zu § 97 UrhG; *Schack* GRUR 1985, 352 ff.

<sup>223</sup> OLG Hamburg UFITA 65 (1972), 284, 287.

wird. Aber auch eine Entstellung, die lange Zeit andauert, was vor allem in Fällen der Ausschöpfung des Instanzenzuges oft unvermeidlich ist, belastet den Urheber über die damit etwa verbundenen materiellen Nachteile hinaus oftmals in einem Maße, das eine zusätzliche finanzielle Genugtuung zu einem Gebot der Gerechtigkeit werden lässt. Diese muss der *Billigkeit* entsprechen, wie der Gesetzestext ausdrücklich klarstellt.

- 244 Unter der – nicht allzu großen – Zahl der Fälle, die seit dem Inkrafttreten der seit dem 1. 1. 1966 inhaltlich im Wesentlichen unveränderten Bestimmung von den Gerichten entschieden (und veröffentlicht) wurden, betraf allerdings nur ein einziger einen bildenden Künstler, der zudem bereits verstorben war, so dass ein Ausgleich der von ihm empfundenen Unbill durch ein „Schmerzensgeld“ aus § 97 Abs. 2 Satz 4 UrhG nicht mehr in Betracht kam.<sup>224</sup>

## 9. Vernichtungsanspruch

- 245 Das UrhG gibt dem Verletzten den Anspruch auf Vernichtung der noch vorhandenen rechtswidrig hergestellten Vervielfältigungsstücke und der dazu bestimmten Vorrichtungen (§ 98 Abs. 1 UrhG). Der Anspruch scheidet aus, wenn dies im Einzelfall unzumutbar ist (§ 98 Abs. 4 UrhG) oder es sich dabei um Bauwerke handelt (§ 98 Abs. 5 UrhG). Wahlweise kann der Rückruf rechtswidrig hergestellter, verbreiteter oder zur rechtswidrigen Verbreitung bestimmter Vervielfältigungsstücke (§ 98 Abs. 2 UrhG) oder deren Überlassung an den Verletzten (§ 98 Abs. 3 UrhG) verlangt werden, soweit sie bereits im Eigentum des Verletzers stehen.

## 10. Verjährung und Verwirkung

- 246 Zu ersterer haben sich die *Fristen* mit der Schuldrechtsreform 2002 wesentlich geändert. Auf die danach allgemein geltenden Regeln verweist § 102 UrhG:
- 247 – Die Ansprüche aus einer Verletzung des Urheberrechts, von der der Rechtsinhaber nichts erfuhr, verjährten früher nach 30, nunmehr 3 Jahren (§ 195 BGB). Die Verjährungsfrist beginnt nach § 199 Abs. 1 BGB erst mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Verletzte von der Verletzung Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.<sup>225</sup>
- 248 – Andere Ansprüche, also im Urheberrecht vor allem solche auf Zahlung von Lizenzgebühren, verjähren ebenfalls zum Ende des dritten vollen Kalenderjahres seit ihrer Entstehung (§§ 195, 199 Abs. 1 BGB), ein beispielsweise im Mai 2003 entstandener Anspruch mit dem Ablauf des 31. Dezember 2006.
- 249 Die Verwirkung eines bestehenden, noch nicht verjährten urheberrechtlichen Anspruchs ist dann gegeben, wenn der Anspruchsberechtigte durch längeres Zuwarten den Anschein bewirkt hat, er wolle den Anspruch nicht mehr geltend machen (Zeitmoment) und der Anspruchsgegner in einer Weise hierauf vertraut hat, dass eine Geltendmachung des Anspruchs geradezu rechtsmissbräuchlich wäre (Umstandsmoment). Eine solche Verwirkung des Anspruchs nach Treu und Glauben kommt nur in absoluten Ausnahmefällen in Betracht,<sup>226</sup> etwa weil der Berechtigte in Gegenwart des Verpflichteten, wenn auch nicht ihm selbst, ausdrücklich erklärt hat, dieser Anspruch sei für ihn endgültig erledigt.

## 11. Gerichtliches Verfahren

- 250 Ansprüche aus dem UrhG sind vor den *ordentlichen Gerichten*, also – je nach Streitwert – vor dem zuständigen Amts- oder Landgericht geltend zu machen (§ 104 UrhG). Diejeni-

<sup>224</sup> OLG Hamburg ZUM 1995, 430, 433 *Maillol*.

<sup>225</sup> Einzelheiten bei *Jan Bernd Nordemann* in *Fromm/Nordemann* (Fn. 25), Rz. 4 zu § 102 UrhG.

<sup>226</sup> Vgl. BGH GRUR 1981, 652, 653 *Stühle und Tische*.

gen Bundesländer, in denen mehr als ein Landgericht besteht, haben – mit Ausnahme Schleswig-Holsteins – von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Zuständigkeit für dieses Rechtsgebiet in einem OLG-Bezirk einem bestimmten Landgericht (meist auch einem bestimmten Amtsgericht) zuzuweisen.<sup>227</sup>

Besondere Bedeutung kommt im Bereich urheberrechtlicher Unterlassungsansprüche dem einstweiligen Rechtsschutz zu. Auf diesem Wege lässt sich zeitnah ein Unterlassungstitel gegen den Verletzer erlangen. Da der Erlass einer einstweiligen Verfügung eine besondere Dringlichkeit verlangt, darf der Verletzte allerdings ab Kenntnisnahme von der Verletzungshandlung nicht zu lange mit der Antragstellung warten. Diese sog. **Dringlichkeitsfrist** wird von den Oberlandesgerichten unterschiedlich bemessen, bewegt sich in der Regel zwischen einem und zwei Monaten.<sup>228</sup> Dem jeweiligen Urheber ist daher dringend anzuraten, zeitnah rechtliche Beratung zu suchen und rechtliche Schritte gegen etwaige Verletzer einzuleiten. **251**

## IX. Strafrechtlicher Schutz gegen Verletzungen des Urheberrechts

Eine Reihe von Strafbestimmungen im UrhG soll vorsätzlichen Verletzungen fremden Urheberrechts vorzubeugen helfen: **252**

- § 106 UrhG bedroht jede eigenmächtige Verwertungshandlung nach dem Katalog des § 15 UrhG mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder Geldstrafe.
- § 107 UrhG tut ein Gleiches in zwei Fällen:

1. der eigenmächtigen Anbringung der Urheberbezeichnung auf dem Original eines Werkes des bildenden Künste oder dessen Verbreitung,
2. der eigenmächtigen Anbringung der Urheberbezeichnung auf einem Nicht-Original (Kopie, Bearbeitung, Umgestaltung), die den Anschein eines Originals entstehen lässt, oder dessen Verbreitung.

- § 108 UrhG betrifft – bei gleichem Strafraumen – insgesamt 8 unterschiedliche Verwertungshandlungen zu verwandten Schutzrechten.

Handelt der Täter *gewerbsmäßig*, so erweitert sich der Strafraumen auf bis zu 5 Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe (§ 108 a). **253**

Etwas milder (Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr, nur bei gewerbsmäßigem Handeln bis zu 3 Jahren, oder wiederum Geldstrafe) werden unerlaubte Eingriffe in technische Schutzmaßnahmen und zur Rechtewahrnehmung erforderliche Informationen bedroht (§ 108 b UrhG). **254**

In allen Fällen wird die Tat *nur auf Antrag* verfolgt, wenn nicht ein besonderes öffentliches Interesse ein Einschreiten von Amts wegen gebietet (§ 109 UrhG). **255**

Die §§ 110 und 111 UrhG regeln die Einziehung von Mitteln und Produkten der Straftat und die etwaige Bekanntgabe der Verurteilung. **256**

Gänzlich neu – durch das Gesetz vom 10. 9. 2003 (Rz. 158) eingefügt – ist eine Bußgeldvorschrift in § 111 a UrhG und eine detaillierte Regelung von Maßnahmen der Zollbehörden, mit der die Beschlagnahme von Raubkopien bei Ihrer Einfuhr ins Bundesgebiet erleichtert und rechtlich abgesichert wird (§ 111 b UrhG). **257**

<sup>227</sup> Vgl. BGH GRUR 1981, 652, 653 *Stühle und Tische*. Übersichten: *Kefferpütz* in Wandtke/Bullinger (Fn. 25), Rz. 5; *Gernot Schulze* in Dreier/Schulze (Fn. 25), Rz. 5 und *Jan Bernd Nordemann* in Fromm/Nordemann (Fn. 25), Rz. 3; alle zu § 105 UrhG.

<sup>228</sup> Vgl. ausführlich *Jan Bernd Nordemann* in Fromm/Nordemann (Fn. 25), Rz. 203 zu § 97 UrhG.

## C. Künstlersozialversicherung

### Besonderer sozialer Schutz

- 258 Die Förderung von Kunst und Kultur ist Aufgabe des Staates, der sich nicht nur als Rechts- und Sozialstaat, sondern auch als Kulturstaat versteht.<sup>229</sup> Um seiner Aufgabe bei der kulturellen Entwicklung gerecht zu werden, bedarf der Künstler und Publizist eines besonderen sozialen Schutzes. Das Gesetz über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten vom 27. 7. 1981 – Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG) – regelt die individuellen Bedürfnisse einzelner Künstler und Publizisten.<sup>230</sup> Die Unfallkasse des Bundes führt das KSVG im Auftrag des Bundes als Künstlersozialkasse mit Sitz in Wilhelmshaven durch.<sup>231</sup>
- 259 Durch das Künstlersozialversicherungsgesetz werden selbständige Künstler und Publizisten in der allgemeinen Rentenversicherung, in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der sozialen Pflegeversicherung versichert (§ 1). Die Mittel für die Versicherung werden zu einer Hälfte durch die Beitragsanteile der Versicherten sowie zur anderen Hälfte durch die Künstlersozialabgabe und einen Zuschuss des Bundes aufgebracht (§ 14). Die Künstlersozialkasse zieht die Beitragsanteile der Versicherten ein (§§ 15 ff.) und erhebt von den Unternehmen – die Aufträge an selbständige Künstler oder Publizisten erteilen, um deren Werke oder Leistungen für Zwecke ihres Unternehmens zu nutzen (wie Buch-, Presse- und sonstige Verlage, Theater und Galerien) – die Künstlersozialabgabe (§§ 23 ff.). Versicherungspflichtig ist nur der selbständige Künstler oder Publizist, der sozial schutzbedürftig ist. Ein soziales Schutzbedürfnis wird gesetzlich unterstellt, wenn keine anderweitige soziale Sicherung, insbesondere durch einen anderweitigen Hauptberuf, vorliegt (§§ 3–5).<sup>232</sup>

### I. Gesetzgebungskompetenz des Bundes

- 260 Das KSVG vom 27. 7. 1981 und insbesondere seine Vorschriften über die Erhebung der Künstlersozialabgabe sind dem Recht der Sozialversicherung zuzuordnen. Die Gesetzgebungskompetenz ergibt sich aus Art. 74 Abs. 1 Nr. 12, Art. 72 Abs. 1 GG (konkurrierende Gesetzgebung). Die Länder haben die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit nicht der Bund von seiner Gesetzgebungszuständigkeit durch Gesetz Gebrauch gemacht hat. Da das Gesetz weder die Einrichtung der Behörde noch das Verwaltungsverfahren im Sinne von Art. 84 Abs. 1 GG regelt, bedurfte es nicht der Zustimmung des Bundesrates.<sup>233</sup>

### II. Gesetze und Verordnungen

- 261 Im Folgenden wird auf einschlägige Gesetze und Verordnungen hingewiesen, vgl. auch *M. Schulze*, Künstlersozialversicherung – ein Wegweiser durch das Künstlersozialversicherungsgesetz, S. 1 ff., Ingolstadt 2008.

<sup>229</sup> Begründung Regierungsentwurf 1979 (BT-Drucksache 8/3172) = *M. Schulze*, Materialien zum Künstlersozialversicherungsgesetz, Weinheim 1996, S. 32.

<sup>230</sup> Begründung Regierungsentwurf 1979 (BT-Drucksache 8/3172) = *M. Schulze*, Materialien zum Künstlersozialversicherungsgesetz, Weinheim 1996, S. 32.

<sup>231</sup> § 37 Abs. 1 KSVG, § 218b SGB VII.

<sup>232</sup> BVerfG, Beschluss vom 9. 4. 1987 (2 BvR 909/82 u. a.), A. I., BVerfGE 75, 108 = *Schulze* BVfG Nr. 24, S. 3 (mit Anm. *E. Schulze*) – Künstlersozialversicherungsgesetz.

<sup>233</sup> BVerfG, Beschluss vom 9. 4. 1987 – 2 BvR 909/82 u. a. = *Schulze* BVfG Nr. 24 = BVerfGE 75, 108 = NJW 1987, 3115 – Künstlersozialversicherungsgesetz.

**Künstlersozialversicherungsgesetz.** Gesetz über die Sozialversicherung der selbstständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz – KSVG) vom 27. 7. 1981 (BGBl. I S. 705). **262**

Das KSVG wurde geändert durch Gesetze vom **22. 12. 1981** (BGBl. I S. 1497, 1519 – Art. 10),<sup>234</sup> **20. 12. 1985** (BGBl. I S. 2474 – Art. 1),<sup>235</sup> **18. 12. 1987** (BGBl. I S. 2794 – Art. 1),<sup>236</sup> **20. 12. 1988** (BGBl. I S. 2477, 2570 – Art. 11),<sup>237</sup> **20. 12. 1988** (BGBl. I S. 2606 – Art. 1),<sup>238</sup> **18. 12. 1989** (BGBl. I S. 2261, 2375 – Art. 19),<sup>239</sup> **25. 7. 1991** (BGBl. I S. 1606, 2375 – Art. 19),<sup>240</sup> **21. 12. 1992** (BGBl. I S. 2266, 2305 – Art. 8),<sup>241</sup> **26. 5. 1994** (BGBl. I S. 1014, 1054 – Art. 12),<sup>242</sup> **13. 6. 1994** (BGBl. I S. 1229, 1247 – Art. 8),<sup>243</sup> **29. 7. 1994** (BGBl. I S. 1890, 1938 – Art. 13),<sup>244</sup> **25. 9. 1996** (BGBl. I S. 1461, 1474 – Art. 11),<sup>245</sup> **24. 3. 1997** (BGBl. I S. 594, 717 – Art. 70),<sup>246</sup> **16. 12. 1997** (BGBl. I S. 2970, 2990 – Art. 23),<sup>247</sup> **22. 12. 1999** (BGBl. I S. 2534, 2541 – Art. 17),<sup>248</sup> **22. 12. 1999** (BGBl. I S. 2626, 2651 – Art. 6),<sup>249</sup> **13. 6. 2001** (BGBl. I S. 1027 – Art. 1),<sup>250</sup> **13. 6. 2001** (BGBl. I S. 1027, 1032 – Art. 5),<sup>251</sup> **17. 8. 2001** (BGBl. I S. 2144, 2157 – Art. 12),<sup>252</sup> **21. 6. 2002** (BGBl. I S. 2167, 2188 – Art. 20),<sup>253</sup> **14. 11. 2003** (BGBl. I S. 2190, 2246 – Art. 12),<sup>254</sup> durch Verordnung vom **25. 11. 2003** (BGBl. I S. 2304, 2327 – Art. 191),<sup>255</sup> durch Gesetze vom **4. 12. 2004** (BGBl. I S. 3183, 3184 – Art. 2),<sup>256</sup> **9. 12. 2004** (BGBl. I S. 3242, 3279 – Art. 48),<sup>257</sup> **15. 12. 2004** (BGBl. I S. 3448, 3449 – Art. 2),<sup>258</sup> **21. 3. 2005** (BGBl. I S. 818, 834 – Art. 21),<sup>259</sup> durch Verordnung vom **31. 10. 2006** (BGBl. I S. 2407, 2436 – Art. 240),<sup>260</sup> durch Gesetze vom **5. 12. 2006** (BGBl. I S. 2748, 2756 – Art. 2 **263**

<sup>234</sup> Geändert §§ 3, 14.

<sup>235</sup> Geändert § 57.

<sup>236</sup> Geändert §§ 17, 24, 32, 38, 39, 43, 52, 57, neu gefasst §§ 34, 37, 40–42, eingefügt §§ 34a, 37a–37e, 52a, 57a und aufgehoben § 48.

<sup>237</sup> Geändert §§ 6, 7, 8, 13 und neu gefasst §§ 5, 12.

<sup>238</sup> Geändert §§ 25–27, 29, 32, 36, 57, neu gefasst Erstes Kapitel des Ersten Teils (§§ 1–9, § 7a eingefügt), Zweites Kapitel des Ersten Teils (§ 10), Drittes Kapitel des Ersten Teils (§§ 11–13), Erster und Zweiter Abschnitt des Vierten Kapitels des Vierten Teils (§§ 14–22) und eingefügt §§ 36a, 56a, 56b, 59a.

<sup>239</sup> Geändert §§ 4, 12, 15 und aufgehoben § 22.

<sup>240</sup> Geändert §§ 3, 7, 8, 52a, 57, neu gefasst Überschrift nach § 7a, §§ 56a, 60 und eingefügt § 8a.

<sup>241</sup> Geändert § 10.

<sup>242</sup> Geändert §§ 1, 5, 8, 9, 11, 12, 16, 27, 26, neu gefasst § 55 und eingefügt §§ 10a, 16a.

<sup>243</sup> Neu gefasst §§ 18, 30.

<sup>244</sup> Geändert § 4.

<sup>245</sup> Geändert § 24.

<sup>246</sup> Geändert § 5.

<sup>247</sup> Geändert § 23.

<sup>248</sup> Geändert §§ 26, 34, 44.

<sup>249</sup> Geändert §§ 10, 10a.

<sup>250</sup> Geändert §§ 2–8a, 10, 10a, 12, 14–16a, 20, 24, 25, 27, 28, 35, 36, 38, 40, 43, 57, neu gefasst 32, 37, 37a, 37b, 42, 56, eingefügt 17a und aufgehoben 34a, 37c–37e, 41, Dritter Teil (§§ 49–51), 52–54, 57a–60.

<sup>251</sup> Geändert §§ 3, 27, 36.

<sup>252</sup> Geändert § 16.

<sup>253</sup> Geändert §§ 37b, 42, 43 und neu gefasst § 37.

<sup>254</sup> Geändert §§ 7, 10, 16.

<sup>255</sup> Geändert §§ 25, 26, 35, 37, 38, 40, 43.

<sup>256</sup> Neu gefasst § 4.

<sup>257</sup> Geändert §§ 1, 4, 10–12, 26, 37a.

<sup>258</sup> Neu gefasst § 16a.

<sup>259</sup> Geändert §§ 5, 37.

<sup>260</sup> Geändert §§ 25, 26, 35, 37, 38, 40, 43.

Abs. 7),<sup>261</sup> **26. 3. 2007** (BGBl. I S. 378, 449 – Art. 12),<sup>262</sup> **20. 4. 2007** (BGBl. I S. 554, 574 – Art. 19),<sup>263</sup> **12. 6. 2007** (BGBl. I S. 1034 – Art. 1),<sup>264</sup> **21. 12. 2008** (BGBl. I S. 2933, 2937 – Art. 10),<sup>265</sup> **22. 12. 2010** (BGBl. I S. 2309, 2317 – Art. 7)<sup>266</sup> und durch Gesetz vom **22. 12. 2011** (BGBl. I S. 3057, 3066 – Art. 14a), mit dem § 2 Satz 2 geändert wurde.

## 264 Titel obiger Gesetze und Verordnungen vom

- o 22. 12. 1981: Gesetz zur Konsolidierung der Arbeitsförderung<sup>267</sup>
- o 20. 12. 1985: Gesetz über die Erhebung der Künstlersozialabgabe in den Jahren 1986 und 1987
- o 18. 12. 1987: Gesetz zur finanziellen Sicherung der Künstlersozialversicherung
- o 20. 12. 1988: Gesetz zur Strukturreform im Gesundheitswesen<sup>268</sup>
- o 20. 12. 1988: Gesetz zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes
- o 18. 12. 1989: Gesetz zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung<sup>269</sup>
- o 25. 7. 1991: Gesetz zur Herstellung der Rechtseinheit in der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung<sup>270</sup>
- o 21. 12. 1992: Gesetz zur Sicherung und Strukturverbesserung der gesetzlichen Krankenversicherung<sup>271</sup>
- o 26. 5. 1994: Gesetz zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit<sup>272</sup>
- o 13. 6. 1994: Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Sozialgesetzbuchs über den Schutz der Sozialdaten sowie zur Änderung anderer Vorschriften<sup>273</sup>
- o 29. 7. 1994: Gesetz zur Reform der agrarsozialen Sicherung<sup>274</sup>
- o 25. 9. 1996: Gesetz zur Umsetzung des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung in den Bereichen der Rentenversicherung und Arbeitsförderung<sup>275</sup>
- o 24. 3. 1997: Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung<sup>276</sup>
- o 16. 12. 1997: Erstes Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze<sup>277</sup>
- o 22. 12. 1999: Gesetz zur Sanierung des Bundeshaushalts<sup>278</sup>
- o 22. 12. 1999: Gesetz zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung ab dem Jahr 2000<sup>279</sup>
- o 13. 6. 2001: Zweites Gesetz zur Änderung des Künstlersozialversicherungsgesetzes und anderer Gesetze
- o 17. 8. 2001: Sechstes Gesetz zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes<sup>280</sup>

---

<sup>261</sup> Geändert § 3.

<sup>262</sup> Geändert § 16.

<sup>263</sup> Geändert § 5.

<sup>264</sup> Geändert §§ 10b, 13, 26–29, 35, 36, 56 und aufgehoben §§ 37a, 37b, 55, 57.

<sup>265</sup> Geändert § 27.

<sup>266</sup> Geändert §§ 16, 34.

<sup>267</sup> Arbeitsförderungs- Konsolidierungsgesetz (AFKG).

<sup>268</sup> Gesundheits-Reformgesetz (GRG).

<sup>269</sup> Rentenreformgesetz 1992 (RRG 1992).

<sup>270</sup> Rentenüberleitungsgesetz (RÜG).

<sup>271</sup> Gesundheitsstrukturgesetz.

<sup>272</sup> Pflege-Versicherungsgesetz (PflegeVG).

<sup>273</sup> Zweites Gesetz zur Änderung des Sozialgesetzbuchs (2. SGBÄndG).

<sup>274</sup> Agrarsozialreformgesetz 1995 (ASRG 1995).

<sup>275</sup> Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG).

<sup>276</sup> Arbeitsförderungs-Reformgesetz (AFRG).

<sup>277</sup> Erstes SGB III-Änderungsgesetz (1. SGB III-ÄndG).

<sup>278</sup> Haushaltssanierungsgesetz (HSanG).

<sup>279</sup> GKV-Gesundheitsreformgesetz 2000.

<sup>280</sup> 6. SGGÄndG.

- o 21. 6. 2002: Gesetz zur Einführung einer kapitalgedeckten Hüttenknappschaftlichen Zusatzversicherung und zur Änderung anderer Gesetze<sup>281</sup>
- o 14. 11. 2003: Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung<sup>282</sup>
- o 25. 11. 2003: Achte Zuständigkeitsanpassungsverordnung
- o 4. 12. 2004: Fünftes Gesetz zur Änderung des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch
- o 9. 12. 2004: Gesetz zur Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung<sup>283</sup>
- o 15. 12. 2004: Gesetz zur Berücksichtigung von Kindererziehung im Beitragsrecht der sozialen Pflegeversicherung<sup>284</sup>
- o 21. 3. 2005: Gesetz zur Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Sozialrecht<sup>285</sup>
- o 31. 10. 2006: Neunte Zuständigkeitsanpassungsverordnung
- o 5. 12. 2006: Gesetz zur Einführung des Elterngeldes
- o 26. 3. 2007: Gesetz zur Stärkung des Wettbewerbs in der gesetzlichen Krankenversicherung<sup>286</sup>
- o 20. 4. 2007: Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung<sup>287</sup>
- o 12. 6. 2007: Drittes Gesetz zur Änderung des KSVG und anderer Gesetze
- o 21. 12. 2008: Zweites Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze
- o 22. 12. 2010: Gesetz zur nachhaltigen und sozial ausgewogenen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung<sup>288</sup>
- o 22. 12. 2011: Viertes Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze.

**Künstlersozialabgabe.** Künstlersozialabgabe-Verordnung 2010 vom 10. 8. 2009 (BGBl. I S. 2840), Künstlersozialabgabe-Verordnung 2011 vom 9. 9. 2010 (BGBl. I S. 1294), Künstlersozialabgabe-Verordnung 2012 vom 6. 9. 2011 (BGBl. I S. 1831). **265**

**Rechengrößen.** Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2008 vom 5. 12. 2007 (BGBl. I S. 2742, 2797), Verordnung 2009 vom 2. 12. 2008 (BGBl. I S. 2336), Verordnung 2010 vom 7. 12. 2009 (BGBl. I S. 3846), Verordnung 2011 vom 3. 12. 2010 (BGBl. I S. 1761), Verordnung 2012 vom 2. 12. 2011 (BGBl. I S. 2421). **266**

**Beitragssatz gesetzliche Rentenversicherung.** Art. 1 Gesetz zur Bestimmung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2007 (Beitragssatzgesetz 2007 – BSG 2007) vom 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3286 – Art. 1), Bekanntmachung [aufgrund des § 158 Abs. 4 SGB VI] für das Jahr 2008 vom 19. 11. 2007 (BGBl. I S. 2611), für 2009 vom 5. 11. 2008 (BGBl. I S. 2181), für 2010 vom 6. 11. 2009 (BGBl. I S. 3705), für 2011 vom 16. 11. 2010 (BGBl. I S. 1550), Verordnung [aufgrund des § 160 Nr. 1 in Verbindung mit § 158 Abs. 1–3 SGB VI] zur Bestimmung der Beitragssätze in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Jahr 2012 (Beitragssatzverordnung 2012 – BSV 2012) vom 19. 12. 2011 (BGBl. I S. 2759), mit Wirkung vom 1. 1. 2012. **267**

**Beitragssatz gesetzliche Krankenversicherung.** Verordnung zur Festlegung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzverordnung/GKV-BSV) vom 29. 10. 2008 (BGBl. I S. 2109), geändert durch Art. 14 Gesetz vom 2. 3. 2009 **268**

<sup>281</sup> Hüttenknappschaftliches Zusatzversicherungs-Neuregelungs-Gesetz (HZvNG).

<sup>282</sup> GKV-Modernisierungsgesetz (GMG).

<sup>283</sup> RVOrgG.

<sup>284</sup> Kinder-Berücksichtigungsgesetz (KiBG).

<sup>285</sup> Verwaltungsvereinfachungsgesetz.

<sup>286</sup> GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG).

<sup>287</sup> RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz.

<sup>288</sup> GKV-Finanzierungsgesetz (GKV-FinG).

(BGBl. I S. 416); § 241 SGB V in der Fassung des Gesetzes vom 22. 10. 2010 (BGBl. I S. 2309).

- 269 **KSV-Entgelt.** Künstlersozialversicherungs-Entgeltverordnung vom 22. 1. 1991 (BGBl. I S. 156).
- 270 **Überwachung.** Verordnung über die Überwachung der Entrichtung der Beitragsanteile und der Künstlersozialabgabe nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz (KSVG-Beitragsüberwachungsverordnung) vom 13. 10. 1994 (BGBl. I S. 2972), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. 6. 2007 (BGBl. I S. 1034 – Art. 3).
- 271 **Beirat/Ausschüsse.** Verordnung über den Beirat und die Ausschüsse bei der Künstlersozialkasse vom 13. 8. 1982 (BGBl. I S. 1149), zuletzt geändert durch Art. 9 und 10 Gesetz vom 13. 6. 2001 (BGBl. I S. 1027).
- 272 **Beitragsverfahren.** Verordnung über die Berechnung, Zahlung, Weiterleitung, Abrechnung und Prüfung des Gesamtsozialversicherungsbeitrages (Beitragsverfahrensordnung/BVV) vom 3. 5. 2006 (BGBl. I S. 1138), zuletzt geändert durch Artikel 15 Gesetz vom 22. 11. 2011 (BGBl. I S. 3057, 3066).
- 273 **KSVG Durchführung.** Verordnung vom 23. 5. 1984 (BGBl. I S. 709), zuletzt geändert durch Art. 1 Verordnung vom 25. 9. 1998 (BGBl. I S. 3045), erlassen aufgrund des § 26 Abs. 1, § 28 KSVG (1981) und a u f g e h o b e n mit der (Wieder-)Einführung eines einheitlichen Vmhundertsatzes der Künstlersozialabgabe durch Gesetz vom 13. 6. 2001 (BGBl. I S. 1027, 1032).
- 274 **Sozialgesetzbuch.** SGB I: Allgemeiner Teil – SGB II: Grundsicherung für Arbeitsuchende – SGB III: Arbeitsförderung – SGB IV: Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung – SGB V: Gesetzliche Krankenversicherung – SGB VI: Gesetzliche Rentenversicherung – SGB VII: Gesetzliche Unfallversicherung – SGB VIII: Kinder- und Jugendhilfe – SGB IX: Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – SGB X: Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz – SGB XI: Soziale Pflegeversicherung – SGB XII: Sozialhilfe.
- 275 **Sozialgericht.** Sozialgerichtsgesetz (SGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 9. 1975 (BGBl. I S. 2535), zuletzt geändert durch Art. 8 Gesetz vom 22. 12. 2011 (BGBl. I S. 3057, 3063).
- 276 **Ordnungswidrigkeit.** Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. 2. 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Art. 2 Gesetz vom 29. 7. 2009 (BGBl. I S. 2353).

### III. Entstehungsgeschichte des KSVG

#### 1. Vom Künstlerbericht 1975 bis zur Unterzeichnung

- 277 **a) 7. Wahlperiode**  
**Künstlerbericht.** Bericht der Bundesregierung über die wirtschaftliche und soziale Lage der künstlerischen Berufe (Künstlerbericht) = BT-Drucksache 7/3071 vom 13. 1. 1975.
- 278 **Regierungsentwurf.** Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz – KSVG –) = BR-Drucksache 410/76 vom 4. 6. 1976.
- 279 **Bundesrat.** Der Bundesrat stimmt dem Gesetzentwurf nicht zu.
- 280 **b) 8. Wahlperiode**  
**Regierungsentwurf.** Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Sozialversicherung der selbständigen Künstler und Publizisten (Künstlersozialversicherungsgesetz – KSVG –) mit Begründung, Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung = BT-Drucksache 8/3172 vom 13. 9. 1979.